

Die Approvisionierung Wiens.

Zur Bekämpfung der Teuerung. — Preisprüfungsstellen

Die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission hielt gestern unter dem Vorsitz des Gemeinderates Dr. v. Dorn eine mehrstündige Sitzung ab, in welcher die Schaffung von Preisprüfungsstellen zur Beratung gelangte.

Dem anspruchsvollen Vorschlage des Referenten Kammerkonsulenten Dr. Becker entnehmen wir folgendes: Die Ursache des Versagens der Maßnahmen gegen die Teuerung liegt darin, daß es an einer öffentlichen Ueberwachung der Preisbildung für Lebensmittel und an der Kontrolle fehlt. Nur dann, wenn sich Produzenten, Groß- und Kleinhändler unter ständiger Obacht dieser Aufsicht fühlen würden, werden übermäßige Preise verhindert werden. Die Aufgaben, welche derartige Organisationen — Preisprüfungsstellen — zuzuweisen wären, sind folgende: Ueberwachung der Preisbildung der Lebensmittel von der Produktion bis zum Verbrauch, Ermittlung der den örtlichen Verhältnissen angemessenen Preise auf Grundlage der Erzeugungs- und sonstigen Herstellungskosten, Vorbeugung übermäßiger und ungerechtfertigter Preissteigerungen 1. durch Veröffentlichung der Preise, 2. durch gütliche Einwirkung, 3. durch Anzeige zur Bestrafung. Anregungen von Maßnahmen bei den Staats- und Gemeindebehörden und Beratung dieser Stellen bei der Regelung des Verkehrs mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln. Aufklärung der Bevölkerung über die Ursachen der Preisbildung.

An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, in welcher sich sämtliche Redner für die Schaffung dieser Preisermittlungsstellen aussprachen.

Frau Dr. Granitsch wünschte die Schaffung von Preisbildungsstellen nach deutschem Muster; die Zusammensetzung der Kommissionen müßte eine solche sein, daß die Konsumenten nicht von vornherein in der Minderheit sind.

Frau Freundlich: Die Preisprüfungsstellen müßte unter eine Reichsprüfungsstelle zusammengefaßt werden.

Kaiserlicher Rat Spitzer bemerkt, daß der Großteil der Kaufmannschaft unter den heutigen Verhältnissen ebenso leide wie der Konsument. Der Kaufmannschaft sei die Zusammensetzung der Preisermittlungsstellen gleichgültig. Durch sie werde jedenfalls erreicht werden, daß die Judikatur eine richtige Grundlage für ihre Entscheidungen erhält, ob in den einzelnen Fällen eine Preistreiberei vorliegt oder nicht.

Gemeinderat Dr. Hein wünscht, daß nach deutschem Muster die Preisermittlungsstellen für Städte mit mehr als 10.000 Einwohner obligatorisch sein sollen und daß weiter eine Reichsprüfungsstelle errichtet werden soll.

Nachdem noch mehrere Redner ihre Anschauungen ausgesprochen, wurde gemäß dem Antrage des Berichterstatters Dr. Becker ein Komitee eingesetzt, welches ein ausführlich begründetes Elaborat ausarbeiten und der Sektion zur Genehmigung vorlegen wird.